

## FRAGESTUNDE

Beginn: 13.15 Uhr  
Ende: 14.10 Uhr

### 1) Fußgängerampel am Kaiser-Franz-Josef-Kai, Höhe Murinsel

GR. **Schröck** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, verehrte Stadträtinnen und Stadträte! Meine Frage betrifft die Fußgängerampel am Kaiser-Franz-Josef-Kai, Höhe der Murinsel. Frau Vizebürgermeisterin, welcher Erfolgsmetrik unterliegt dieses Versuchsprojekt und wo sind die erzielten Ergebnisse als Rohdaten, ohne Ihre angeschlossene politische Bewertung, dokumentiert und bis wann ist die Evaluierung abgeschlossen?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Politikerin, deswegen bekommen sie auch von der Politikerin die Antwort. Es gibt keine Erfolgsmetrik bei diesem Projekt und die erzielten Ergebnisse werden auch nicht als Rohdaten dokumentiert. Bei dieser Ampelschaltung geht es einzig und allein darum, eine Qualitätsverbesserung für die FußgängerInnen im innerstädtischen Bereich hervorzuholen. Das Bemerkenswerte bei diesem Projekt ist, dass der Kfz-Verkehr durch die Schaltung keine grobe Beeinträchtigung erfährt und somit alle Mobilitätsformen profitieren. Bei der normalen Verkehrsbelastung ist die Ampel gleich geschaltet wie bisher, das Einzige, was stattfindet, ist, dass in Schwachlastzeiten, also am Abend und an den Wochenenden, lediglich die Bevorrangung jetzt FußgängerInnen, früher AutofahrerInnen, umgedreht wurde. Das ist nicht nur nach der Druckknopfampel am Kaiser-Franz-Josef-Kai, dürfte Ihrer Aufmerksamkeit aber entgangen sein, dass es seit einiger Zeit auch das gleiche System auf der anderen Seite des Edegger-Steges gibt, nämlich am Lendkai, das auch in Betrieb ist, auch dort ist die Störung der Verkehrsflüssigkeit unwesentlich gegeben. Das Modell ist eben eines, das den FußgängerInnen an stark

frequentierten Fußgängerquerungen dient und ich möchte darauf hinweisen, dass am 11.3.2010 zum Beispiel...

*Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von Bgm.-Stvin. Rücker, GR. Schröck und GR. Hohensinner nicht vollständig protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung.)*

GR. **Schröck**: ...logischer Effekt, den diese Ampel dann haben soll und ob es dort eine besondere Feinstaubbelastung im vermehrten Maße gibt?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Der besondere Effekt ist, wenn Menschen, oder ökologische Effekte sind, wenn Menschen in der Stadt erleichterte Bedingungen finden, zu Fuß zu gehen, weil die ökologischste Fortbewegungsform in der Stadt ist das Zu-Fuß-Gehen. Wir sehen am Rückgang des FußgängerInnenanteils bei den Mobilitätsarten...

## **2) Vergabe rollstuhlgerechter Gemeindewohnungen**

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: ....die Stadt Graz unterstützt Menschen mit erheblicher Gehbehinderung, die ihren Hauptwohnsitz in Graz haben. Diese können im Sozialamt einen Antrag auf Wohnversorgung stellen. Die Unterbringung erfolgt in städtischen, behindertengerechten Wohnungen.

Nun meine

## F r a g e

an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin:

Wie viele von den städtischen, behindertengerechten Wohnungen sind derzeit belegt und wie viele werden von RollstuhlfahrerInnen bewohnt?

StRin. **Kahr**: Herr Gemeinderat! Derzeit gibt es insgesamt 165 städtische behindertengerechte Wohnungen mit Stand, also von gestern, sind alle diese 165 Wohnungen belegt, also das heißt, wir haben derzeit keine einzige freie behindertengerechte Wohnung, wobei es nicht nur stadteigene Gemeindewohnungen, sondern auch Übertragungswohnbauten sind, wo die Genossenschaften die Verwaltungen haben. Die letzten beiden freien Wohnungen wurden erst vor zwei Wochen vergeben, eine an eine Rollstuhlfahrerin, eine andere Wohnung an einen Rollstuhlfahrer und von den 165 Wohnungen insgesamt wurden 94 Wohnungen an Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, vergeben, das heißt, die restlichen 69 Wohnungen wurden an Personen mit starken Bewegungseinschränkungen beziehungsweise multiplen Behinderungen vergeben (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Es ist ja in der Anforderung, auf der Homepage steht, dass es RollstuhlfahrerInnen vorbehalten ist, das ist die eine Aussage, zugleich auch eine Frage und die andere Frage betrifft die Ö-Normen, die es gibt. Hast du dich vergewissert, liebe Frau Stadträtin, dass diese Wohnungen auch Ö-Normentsprechend rollstuhlgerecht sind?

StRin. **Kahr**: Erstens, man muss noch einen Zusatz anmerken, weil wenn du fragst, wie viele Wohnungen an Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer jetzt gebunden sind, ist natürlich auch wichtig zu wissen, weil wenn du recherchierst oder auch im Sozialamt hier nachfragst, wirst du auch merken, dass in Einzelfällen auch in ehemaligen behindertengerechten Wohnungen Personen wohnen, die überhaupt

keine Beeinträchtigung mehr haben, das hat den Grund, dass wir soziale Härtefälle vermeiden wollen, weil die Wohnung ist an die Behinderung gebunden. Das heißt, wenn die betreffende Person verstirbt oder sich trennt vom Partner oder von der Gattin oder vom Gatten, dann möchten wir, nachdem das ja oft so ist, dass die jahrzehntelang gemeinsam den Haushalt bewohnt haben, vermeiden, dass diese Person die Wohnung verlassen muss, was aber wichtig dazuzusagen ist, dass diese Wohnung dann in eine normale Mietwohnung umgewandelt wird und anstatt dessen, das ist nämlich ganz wichtig, die Genossenschaften, weil das ausschließlich Genossenschaftswohnungen sind, sich verpflichten eine behindertengerechte, also nicht nur barrierefreie, sondern behindertengerechte Wohnung dem Sozialamt zur Verfügung zu stellen, sodass der Gesamtstand an behindertengerechten Wohnungen immer gleich bleibt, das ist das Eine, das Zweite ist, das ist unbefriedigend, das hat jetzt aber weniger was mit meiner Periode zu tun, sondern das war leider vorher schon so, dass es bei diesen Wohnungen Wohnungen gibt, die nicht zu 100 % aus, nicht nur aus meiner Sicht, sondern aus der Sicht auch der zuständigen Behindertenbeauftragten, Frau Kocher-Schmuckerschlag, nicht zu 100 % behindertentauglich sind. Das wird sich künftighin natürlich verbessern, weil die Auflagen bei der Wohnbauförderung ganz andere sind und wir haben auch ein Wohnbauprojekt jetzt in Planung in der Zeilergasse, wo alle Wohnungen, das muss eigentlich das Ziel sein, künftighin ein lebenslanges Wohnen ermöglichen. Weil es kann ja auch so sein, dass ich eine Wohnung beziehe und mir passiert in dieser Zeit etwas, dann soll es nicht so sein, dass jemand diese Wohnung verlassen muss (*Applaus KPÖ*).

### **3) Dienstpostenplan Feuerwehr**

GR. **Kolar** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Kolar**: Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Auch meine Frage begleitet uns schon eine längere Zeit. Ich darf den Motivenbericht abkürzen, weil ja heute eine Tageszeitung auch schon sehr detailliert über meine Frage berichtet hat.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Bis wann werden die derzeit gemäß Dienstpostenplan freien Dienstposten bei der Grazer Berufsfeuerwehr endlich nachbesetzt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe mich auch gewundert über die neue Arbeitsteilung, dass der Motivenbericht von einem Zeitungsredakteur geschrieben wird und damit hier das Verfahren abgekürzt werden kann. Die Antwort ist ziemlich klar, es gibt Bestrebungen des Dienstgebers seit einiger Zeit, zu einer neuen Dienstzeitregelung bei der Feuerwehr zu kommen. Es sind auch sehr intensive Verhandlungen im Gange und ich hoffe und ich denke auch, dass wir diese Verhandlungen sehr rasch abschließen können. Die Frage der Aufnahme von zusätzlichem Personal hängt eben auch davon ab, wie diese Dienstzeitregelung dann letztendlich getroffen wird. Übrigens, nach den derzeitigen Dienstzeitregelungen sind nicht 14 Dienstposten frei, sondern es sind 11, und je nachdem, wie eben dann der letzte Verhandlungsstand ist oder wie die Verhandlungen ausgehen, wird es allenfalls zusätzliche oder auch nicht zusätzliche Personalaufnahmen bei der Feuerwehr geben.

GR. **Kolar**: Ich muss leider noch einmal fragen, grundsätzlich haben wir bei den letzten Dienstpostenplanverhandlungen von 222 auf 214 letztendlich den Dienstpostenplan angepasst, und wie wir im Gemeinderat natürlich auch beschlossen haben, ist dieser Dienstpostenplan einzuhalten. Ich will jetzt diesen Motivenbericht nicht wiederholen, aber du weißt auch ganz genau, unter welchen schwierigen Voraussetzungen hier der Dienst zu erbringen ist. Deswegen noch einmal die Frage, hast du einen genauen Zeitpunkt für uns, wann du diese freien Dienstposten besetzen wirst?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einen Teil meiner Antwort mag ich jetzt nicht wiederholen. Ich weiß, dass 214 Personen im Dienstpostenplan drinnen sind, aber der Dienstpostenplan ist eben auf Basis einer bestimmten Dienstzeitenregelung und ich habe ja gesagt, dass es Bestrebungen des Dienstgebers gibt, diese Dienstzeitenregelungen zu verändern und dann gibt es auch neue Auswirkungen auf

den Personalstand: Klar ist auch, dass diese Maßnahmen so rasch wie möglich durchgeführt werden sollen, ich kann es noch einmal sagen, es weiß auch die Personalvertretung. In sehr intensiven Verhandlungen, und das ist auch mein Bestreben, dass wir diese Verhandlung sehr rasch abwickeln und fertig machen und danach wird selbstverständlich die sich neu ergebende Zahl, falls es überhaupt eine Zahl von Neuaufnahmen gibt, wird dann sofort umgesetzt.

#### **4) Sicherung von Vorbehaltsflächen für Sport**

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: In meiner Frage geht es um das Thema Vorbehaltsflächen für den Sport. Wir sind ja insgesamt eine sehr sportliche Stadt, haben ja Gott sei Dank auch in den letzten zwei Jahren im Bereich des Sports sehr viel weitergebracht, Bad Eggenberg, Steirischer Fußballverbandsplatz, Umbauten, Neuausrichtung und auch einige andere Themen sind wir angegangen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass es einige Bereiche gibt, wo es durchaus noch Probleme gibt in Richtung Versorgung im Sportbereich, einerseits wissen wir, in Wetzelsdorf gibt es immer wieder Diskussionen in Richtung Bezirkssportplatz. Aber auch die Frage der Standortsuche beim LUV ist ja noch nicht abgeschlossen. Auch dort ist es so, dass am aktuellen Standort der Verein vermutlich nicht mehr länger als fünf Jahre existieren wird können und das Thema der Platz ein sehr (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), sehr dringendes ist. Jetzt haben wir die Chance, im Zuge der Neuauflage des STEK uns ja auch Vorbehaltsflächen zu sichern für die Sondernutzung Sport; wie wir glauben, ein sehr wichtiges Thema, um auch mittel- und langfristig im Sportbereich gerade zum Thema Bezirkssportplätze ausbauen zu können. Daher auch meine

**Frage,**

welche konkreten Vorschläge zur Sicherung von Vorbehaltsflächen für Sport gibt es seitens des Sportamts der Stadt Graz im Rahmen der anstehenden Neufassung des Stadtentwicklungskonzepts der Landeshauptstadt Graz?

**StR. Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Ich möchte vorausschicken, dass das Sportamt mit der Stadtplanung in diesen Fragen in einem guten Einvernehmen ist. Nicht nur im Zuge des STEK oder der allgemeinen Revisionsverfahren, sondern eigentlich laufend. Unter dem Gesichtspunkt, dass dort, wo insbesondere auch größere Siedlungstätigkeiten bevorstehen, derartige Vorbehaltsflächen gesichert bleiben. Ich denke, das funktioniert ganz gut, es gibt auch heute schon sehr oder einige Vorbehaltsflächen, die für diesen Zweck gesichert werden sollen, das ist aus meiner Sicht allerdings nur die erste Hürde, die erste Hürde, eben Grundstücke zu haben, die mit diesem Vorbehalt versehen sind. Die zweite oftmals leider größere Hürde ist ja dann, diese vorweg gesicherten Vorbehaltsflächen auch tatsächlich in welcher Form auch immer für den Sport verfügbar zu machen. Der Grundeigentümer hat ja dann die Möglichkeit, nach Ablauf einer Frist von der Stadt Graz dann das auch einzufordern. Also nur den Vorbehalt auszusprechen, ist zu wenig, wir müssen das auch einlösen im wahrsten Sinne des Wortes oder zumindest auch eine andere Rechtsmöglichkeit einer Pacht oder Ähnliches zu finden, und da geht es dann um das liebe Geld, muss man ganz offen sagen und da stoßen wir als Sportressort allein manchmal halt an unsere Grenzen, aber angesprochen jetzt der Bereich Wetzelsdorf scheint sich jetzt nach vielen Jahren der Bemühungen das Ganze positiv zu entwickeln. Es hat weitere Verhandlungen gegeben der Abteilung Liegenschaftsverkehr, da stehen wir jetzt kurz vor einem Abschluss und wir würden uns alle, glaube ich, sehr freuen darüber, wenn wir dann auch für den Bezirk Wetzelsdorf zwar einen nicht allzu großen, aber doch einen Bezirkssportplatz sichern werden können und vielleicht, weil es nur angesprochen war, LUV, diese Anfrage vom letzten Mal ist bereits schriftlich erledigt, wird in Kürze bei dir einlangen, hier geht es in erster Linie ebenfalls um die Frage des Grundstücks, es geht immerhin um über 30.000 m<sup>2</sup>, die sich LUV wünscht, es ist ein sehr engagierter Verein mit hervorragender Jugendarbeit, aber auch mit der Leistungssportkomponente. Das Sportressort wird im Rahmen der Möglichkeiten

sicher den Beitrag leisten, aber auch hier gilt zu allererst die Grundstücksfrage zu klären, da sind wir, vor allem auch im Einvernehmen mit dem Land, noch nicht wirklich weitergekommen.

GRin. **Jahn**: Danke zuerst für diese positiven Nachrichten für die WetzelsdorferInnen. Die Zusatzfrage wäre: Im Sachprogramm Sport wird auch bemängelt oder wird die Frage gestellt oder die Forderung nach einem Skaterpark in zentraler städtischer Lage. Da wollte ich nur nachfragen, ist das noch als prioritär zu betrachten oder ist das im Zuge der Entwicklung im Bereich Trendsportarten momentan jetzt nicht mehr das Thema?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also bei uns ist dieses Projekt eines Skaterparks nach wie vor aktuell. Wir haben auch entsprechende Mittel in der AOG vorgesehen. Allerdings auf Grund der nunmehr verbindlicheren Kostenschätzung wird die Dimension dieses geplanten Skaterparks reduziert werden, aber da sind wir derzeit in den Umplanungen und Adaptierungen der Planungen und ich denke, wir werden schon in absehbarer Zeit auch den Bezirk und auch den entsprechenden Ausschuss mit diesem Projekt befassen können (*Applaus ÖVP*).

## 5) Testlauf von Essenslieferungen im Einweg-Plastikgeschirr

GRin. **Schloffer** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Edlinger, liebe Elke! Meine Frage betrifft den Testlauf von Essenslieferungen im Einweg-Plastikgeschirr. Aufgrund von Finanzkürzungen wurde auch die Zentralküche dazu angehalten, sich Maßnahmen einfallen lassen, um Geld zu sparen.



Daher führte sie vom 4. 12. 2009 bis 15. 1. 2010 einen speziellen Testlauf durch, bei welchem die Essenslieferungen an Kinderbetreuungseinrichtungen statt in Mehrweggeschirr aus Nirosta-Stahl in Wegwerf-Plastikgebinden des internationalen „Nutripack“-Konzerns erfolgte. Während dieser Testperiode wurden 3.500 Einweg-Plastikschalen ausgeliefert. Diese hätten, wie kolportiert wurde, bei zukünftiger Verwendung mittels Lkw von Großbritannien angeliefert und nach ihrer Verwendung wiederum mit Lkw von Graz abtransportiert und irgendwo in Österreich oder gar in Großbritannien verbrannt werden sollen. Als eines der Argumente für diese Maßnahmen wurde der angeblich besonders günstige Anschaffungspreis ins Treffen geführt.

Da mir von Seiten einiger Eltern, aber auch von einigen Mitarbeiterinnen in Kinderbetreuungseinrichtungen, Bedenken zu Ohren gekommen waren, weil die Behälter beim Erhitzen auf über 140 Grad schmelzen können, aber auch aufgrund der damit verbundenen negativen Auswirkungen auf unsere Umwelt, stellte ich im Rahmen der Fragestunde am 21.1. des Jahres unter dem Betreff „Plastikgeschirr in Kinderbetreuungseinrichtungen“ die Frage an dich, ob du trotzdem die Einführung dieses Systems beabsichtigst. Und da möchte ich mich bedanken für die wirklich vorbildhafte rasche Antwort, die ich dann am 2. 2. schon erhalten habe. Danke (*Applaus KPÖ*). Da wurde mitgeteilt in der schriftlichen Antwort, dass die Einführung von Einweg-Plastikgeschirr bei Essenslieferungen durch die Zentralküche nun doch nicht erfolgen wird, was besonders mich sehr erleichtert.

Darum stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage:**

Wie hoch waren die Kosten, die für die Zentralküche im Zuge dieses Testlaufes der Belieferung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Plastik-Einweggeschirr angefallen sind (*Applaus KPÖ*)?

StRin. **Edlinger**: 1.062,06 Euro.

GRin. **Schloffer**: Wie waren die Rückmeldungen der LeiterInnen für die Einrichtung für diesen Testlauf?

StRin. **Edlinger**: Ich habe ja auch in der Beantwortung schon angeführt, es gibt ein paar Punkte, die dafür sprechen würden, nämlich auch teilweise eine Erleichterung für die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, weil wir dann 225 Kilo, glaube ich, zu transportieren hätten von den Gebinden her im Vergleich zu drei Tonnen täglich, aber es gibt natürlich auch Nachteile, und wie in der schriftlichen Beantwortung ausgeführt, können die Nachteile nicht gänzlich quasi jetzt geklärt werden durch diesen Testlauf und es ist jetzt zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant, auf Einweggeschirr umzusteigen (*Applaus SPÖ*).

## **6) Auswirkungen der Ladetätigkeitsverkürzung auf die Gewerbetreibenden in der Grazer Innenstadt im Hinblick auf Ihre Zuständigkeit für die A 15**

GR. **Hötzl** stellt an StRin. Mag.<sup>a</sup> (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Vor einem Jahr wurde für die Grazer Innenstadt eine Reduktion des Zeitrahmens für Ladetätigkeiten beschlossen. Gegenwärtig ist das Halten zum Zwecke von Ladetätigkeiten nur mehr bis 10.00 Uhr gestattet statt bisher bis 11.00 Uhr.

Zahlreiche Proteste der betroffenen Kaufleute sowie politischer Parteien wurden im Zuge der Einführung dieser Maßnahme mit dem Argument vom Tisch gewischt, man werde nach Ablauf eines Jahres die Auswirkungen dieser Maßnahme auf den Geschäftsgang der betroffenen Betriebe ohnehin evaluieren.

In persönlichen Gesprächen versicherten mir nun zahlreiche Vertreter dieser Gruppe, dass gegenständliche Maßnahme auch nach aktuellen Erkenntnissen noch als geschäftsschädigend zu betrachten ist. Zudem fordern die Interessenvertretungen

der Gewerbetreibenden in der Grazer Innenstadt auch offiziell die Wiederherstellung des alten Zeitrahmens für Ladetätigkeiten.

Da sich allerdings die politische Vertretung im Grazer Stadtsenat zu diesem Thema bislang verschwiegen hat, richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

### **F r a g e :**

Wurden Ihrerseits bereits Informationen eingeholt, die sich auf konkrete wirtschaftliche Auswirkungen der Ladetätigkeitsverkürzung auf die Gewerbetreibenden der Grazer Innenstadt beziehen (*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Werter Herr Gemeinderat! Ich fange einmal so an, die Frage wäre zu beantworten, aber Sie haben sie so gestellt, haben wir Informationen eingeholt? Ja, selbstverständlich und das täglich, auch wollen wir gar nichts vom Tisch wischen, denn die Informationen, die nicht nur von der A 15, natürlich auch, also Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, der Abteilung, sind wir natürlich im laufenden Gespräch mit der Wirtschaftskammer. Ich selbst gehe zwar nicht täglich durch die Herrengasse, aber sehr oft und nicht nur durch diese, sondern auch durch die anderen Straßen und es liegen keine Beschwerden vor. Es liegen sehr viele Informationen, beziehungsweise wir holen diese laufend ein. Mit dem Stadtsenat vom 24.4. sagten wir, wir werden es noch einmal evaluieren, ich habe mit der Frau Vizebürgermeister vor zwei Wochen ein Gespräch gehabt und auch diese Evaluierung wird dann Anfang Mai zeitgerecht vorgebracht und es gibt aber keine Beschwerden, also freue ich mich auch auf die Evaluierung.

GR. **Hötzl**: Dann reden Sie offenbar mit anderen Kaufleuten als ich, weil ich höre sehr wohl Beschwerden darüber, dass es da Probleme gibt. Aber es ist schon einmal positiv, dass Sie sagen, es wird eine Evaluierung geben. Sind Sie bereit oder wird

das ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein, dass Sie diese Evaluierung uns im Gemeinderat präsentieren werden?

StRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabner**: Die Evaluierung an sich selbst wurde damals von der Frau Vizebürgermeisterin nicht nur in Auftrag gegeben, sondern wird auch von ihr durchgeführt, wie versprochen, und so wie wir da sitzen, alles was wir versprochen haben, werden wir auch einhalten und es wird Anfang Mai vorgelegt und ich freue mich auf die Liste der Beschwerden, wenn Sie mir sie geben können, dann gehe ich diese auch gerne besuchen (*Applaus ÖVP*).

## 7) Behebung aufgetretener Schäden an den Fahrbahnbelägen

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wenn man das Straßennetz in Graz anschaut, dann denkt man, man hat zum Teil eine Kraterlandschaft vor sich. Fahrer in Krankenwägen und Notärzte berichten, dass es holpert und scheppert, dass es für die Patienten schon nicht mehr zumutbar ist. Wir haben gestopfte Schlaglöcher, holprige Fleckerlteppiche und marode oder ganz massive Frostaufbrüche; jetzt nach dem Winter und besonders jetzt in der Zeit des Frühlings sind natürlich besonders die zweirädrigen Verkehrsteilnehmer, Mopedfahrer, Motorradfahrer besonders gefährdet, in diese Fallen hineinzutappen. Ich frage Sie daher betreffend die Behebung aufgetretener Schäden an den Fahrbahnbelägen, welches Ausmaß an vielfach verheerenden Schäden an den Fahrbahnbelägen, an Straßen, Rad- und Fußwegen, wurden erhoben und wann wird mit der Fertigstellung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu rechnen sein?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage, Herr Gemeinderat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). In ganz Europa stöhnen die Städte nach dem letzten Winter über Frostschäden, die enorm sind. Auch Graz ist natürlich betroffen, sichtbar betroffen, da haben Sie Recht, wir haben natürlich erhoben, welche Schäden auf den ersten Blick in Graz festzustellen sind, da kommen wir zu dem Schluss, dass ungefähr 7000 m<sup>2</sup> Pflasterflächen in der Innenstadt, aber auch zirka 10.000 m<sup>2</sup> Asphaltflächen im Bereich der gesamten Stadt massiv betroffen sind durch den heurigen Winter. Im Bereich Schloßbergplatz vor dem Dom im Berg wurde bereits mit der Sanierung begonnen, welche noch zu Ostern fertig gestellt sein wird, weitere vordringliche Sanierungsbereiche, wie die Verbindung vom Schloßbergplatz zum Kaiser-Josef-Kai, Mariahilferplatz, stehen noch auf der obersten Prioritätenliste. Derzeit versuchen wir aus dem knapp bemessenen Budget der Straßenerhaltung eine Sanierung dieser Bereiche im Bestand zu finanzieren. Ganz grundlegend ist, natürlich gibt es eine laufende Abstimmung, es gibt eine sehr detaillierte systematische Zustandsbewertung, die schon seit zwei Jahren stattfindet, die ist erst kürzlich noch einmal ausgewertet worden. Im Durchschnitt nach dem Schulnotensystem wurden alle Straßenzüge in der Stadt bewertet, da kann man sagen, also ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass Sie von einer Extremgefährdung hier sprechen, es ist so, dass der Zustand nach dem Schulnotensystem insgesamt in einem relativ guten Zustand ist, aber natürlich gibt es einzelne Straßenzüge, die betroffen sind und diese werden je nach der Priorität, und da gibt es eine Liste, da wird sehr systematisch gearbeitet, so bearbeitet, dass die Hauptverkehrsrouten im Vordergrund stehen, die Nebenfahrbahnen eine geringere Priorität haben, hat natürlich auch mit finanziellen Möglichkeiten zu tun und ich kann auch nicht versprechen, dass wir heuer alle die Aufbrüche, die heuer entstanden sind, fertigstellen, das wäre auch alleine von der Bewältigung her nicht möglich. Aber es wird sukzessive daran gearbeitet und nach einem ganz klaren priorisierten System, Sie können das gerne einmal anschauen, das ist nämlich sehr spannend, wie da gearbeitet wird, das ist eine tolle Systematik, die gemeinsam mit allen Bauverantwortlichen im Bereich Straßenbau entwickelt wurde und im Straßenbereich der Wirtschaftsbetriebe betreut wird.

GR. Mag. **Mariacher**: Nachdem Sie vorhin die Berliner Tageszeitung zitiert haben, konnte ich mit dem Hamburger Abendblatt vom 25. 2., wo über eine Initiative berichtet worden ist aus dem Bundesland Thüringen, und zwar im Ort Niederzimmern, wo eine Plakette eingeführt worden ist für Spender, Gönner, die Straßenabschnitte mit 50 Euro sozusagen bei der Sanierung helfen. Auch in Hamburg wird eine solche Maßnahme überlegt. Ich frage mich, nachdem auch durch das Wirken der grünen Partei die Stadt Graz arm wie eine Kirchenmaus ist, ob so eine Maßnahme in Graz auch geplant ist.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich habe von dieser Idee, dass ein Bürgermeister, der die Schlaglöcher um 50 Euro an engagierte Bürger und Bürgerinnen verkauft und die können dann eine Plakette mit ihrem Namen oder dem Datum dort einlassen, die Idee ist kreativ. Ich denke, ich bin da durchaus offen für kreative Ideen. Generell ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, für die Sicherstellung der Straße und für die Sicherheit der Straße zu sorgen. Da gibt es unterschiedliche Anforderungen und anscheinend auch unterschiedliche Leistungserwartungen. Eine Stadt, die durchgängig immer eine voll funktionsfähige Asphaltfläche hat, die wie ganz neu errichtet ist, diese Phantasie muss ich leider ein bisschen, auch in einer reichen Stadt wird das nicht möglich sein, das hat weniger mit einer Frage des Geldes zu tun, da wären wir in einem Dauerbaustellenbetrieb, was wir sonst ja auch schon genug haben. Also es wird nicht gehen, weil da müssten wir alle drei Jahre jede Straße aufreißen, das ist nicht machbar, aber wir versuchen, nach den Möglichkeiten voranzugehen und wir müssen ja auch mit dem Personal und mit den Möglichkeiten, die wir als Ressource haben, umgehen und das ist nicht nur eine Geldfrage, sondern auch eine Ausstattungsfrage. Aber wie gesagt, Sie können gerne einmal mit dem Herrn Steurer einen Termin ausmachen, der zeigt Ihnen das gerne, weil da ist wirklich viel Arbeit drinnen gesteckt, das einmal so aufzubereiten, dass da auch systematisch vorgegangen werden kann, und wir können jeden Tag genau hinschauen, was wo gerade stattfindet.

## 8) Evaluierungsergebnis der großräumigen Sperrflächen vor Fußgängerübergängen

GR. **Mayr** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit hat in den letzten zwei Jahren versucht, die Sicherheit im Bereich von Fußgängerübergängen zu verbessern und hat sich hier als Vorbild die sogenannten RVS genommen, die nach gewissen Sichtkeilberechnungen hier eine Sichtverbindung verbessern sollte, und es wurden eben diese Maßnahmen durchgeführt durch Markierungen, die dann vor allem im Gründerzeitviertel durchaus in Diskussion waren, weil dadurch relativ viele Parkplätze weggefallen sind. Jetzt gibt es die Ergebnisse der Unfallzahlen aus den letzten Jahren.

Meine

### F r a g e

ist, ob man die in Zusammenhang ziehen kann mit den Maßnahmen der Verkehrssicherheitsgruppe und diesen Sichtkeilen nach der RVS, ob man sozusagen die Unfallzahlen zu den Kreuzungen hat und hier auch eine ursächliche Verbindung herstellen kann, ob es hier zu Verbesserungen gekommen ist oder nicht, ob das Auswirkungen hatte?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Lieber Peter! Ich möchte es da herinnen einmal klar sagen, dass Freihalten von Sichtbeziehungen zur Absicherung von Übergängen ist keine Erfindung der Stadt Graz, sondern eben in den technischen Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen festgelegt. Diese Richtlinien werden von den Fachleuten der Gebietskörperschaften, von Bund, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen und Einbindung nationaler Expertinnen und Experten aus Lehre und Forschung einvernehmlich erstellt und zur Anwendung empfohlen. Unabhängig davon, ob es sich um Unfallpunkte handelt oder nicht, sind

diese Vorgaben zu erfüllen und präventiv oder eben akutes Verkehrsunfallsgeschehen mit querenden Fußgängern zu verhindern. Auch das, denke ich mir, als eine Antwort, wenn eine Stadt wie Graz sagt, wir möchten gerne, dass Fußgänger/Fußgängerinnen im öffentlichen Raum wieder sichtbarer werden und wieder sicherer unterwegs sein können, kann ich das durchaus auch in dieser Kategorie der Maßnahmen einordnen, aber es ist, wie gesagt etwas, was generell allen Städten empfohlen wird und was auch entsprechend aufgearbeitet wurde. Die aktuellen Unfallzahlen, nachdem es im Jahr 2008 und davor eine sehr erschreckende Entwicklung gegeben hat insbesondere bei Fußgängern und Fußgängerinnen mit Personenschaden auf Übergängen. Da gab es eine sehr drastische Entwicklung, da haben wir wirklich Sorge, war auch Sorgeberechtigt. Wir sehen generell, dass die Unfälle mit FußgängerInnen Schaden zurückgehen. Es ist gerade eine Gesamtevaluierung im Gange, wo diese gesamten Daten jetzt demnächst vorliegen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich bin auch gerne bereit, einen Informationsbericht auch wirklich einzubringen in den Ausschuss, weil es sicher spannend ist und diese Evaluierung wird auch kreuzungsweise über die Zusammenhänge von Unfällen gemacht, da kann man dann wirklich auf das auch noch einmal hinschauen, aber generell ist es so, dass wir zirka bei 14 bis 16 % Rückgang an FußgängerInnenunfällen im Stadtgebiet liegen, was eigentlich ein ziemlich großer Erfolg ist. Eine Evaluierung der Vorher- und Nachheruntersuchungen im Hinblick auf das Unfallgeschehen ist nicht zielführend, da nicht nur Unfälle mit tatsächlichen Personenschäden, sondern vor allem auch zahlreiche Beinahe-Unfälle, die jedoch eben nicht erfassbar sind, durch die verbesserten Sichtbeziehungen vermeidbar sind, also es geht auch darum, riskante Begegnungen zu vermeiden. Im Idealfall passiert nichts, aber oft genug passiert was. Deswegen kann ich diesen Maßnahmen zumindest einen Teil der Verantwortung dafür geben, dass es einen Rückgang gibt, da gibt es natürlich viele Zusammenhänge, nicht nur diese Maßnahmen tragen dazu bei.

GR. **Mayr:** Es gibt noch keine konkreten Ergebnisse und da wäre es möglich, sozusagen die demnächst im Ausschuss vorzustellen. Wäre vielleicht interessant,



eben auch vielleicht ein paar neuralgische Kreuzungen da herauszugreifen und unter Umständen auch in Relation zu den Frequenzen dort zu setzen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir können nachzeichnen in Unfallstatistiken über Kreuzungen, was sehr genau bemessen wird, wer mit wem in welcher Konstellation eine schadhafte Begegnung hat, sage ich jetzt einmal, zu einer Umschreibung, zu einem Unfall. Ob es jetzt im Vorfeld eine Sichtbeziehung war, die dazu geführt hat, werden wir nicht sagen können, wir können aber sagen, und wir haben natürlich ein paar sehr bedenkliche Kreuzungen in Graz, ob sich dort etwas verbessert hat, seitdem eine andere Maßnahme getroffen wird, da werden wir schauen, dass wir einigermaßen Datenmaterial aufbereiten können, restlos wird es nie zu beantworten sein, was letztlich dazu beiträgt, dass etwas nicht passiert oder doch passiert.

*Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.*

## 9) Kriterien zur Ernennung von EhrenbürgerInnen

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte KollegInnen! Es geht um das Thema Kriterien für die Ernennung von EhrenbürgerInnen. Rund um die letzte Gemeinderatssitzung hat es da ja Unstimmigkeiten gegeben, einerseits von der Entscheidung oder dem Wunsch des entsprechenden Fachausschusses, andererseits dann zu der Letztentscheidung betreffend die Ehrung für die erste Frauenbeauftragte Dr. Grete Schurz, die daraus resultiert, dass die Kriterien offensichtlich unterschiedlich interpretiert werden.

Daher meine

## F r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister: Welche Maßnahmen werden Sie anlässlich dieser Thematik jetzt treffen, damit die momentan im Statut der Stadt sehr vage formulierten Kriterien zur Ernennung von EhrenbürgerInnen, nämlich, dort heißt es nur, Personen, die sich um den Bund, das Land oder die Stadt hervorragend verdient gemacht haben, auf gemeinderätlicher beziehungsweise Klubobleute-Ebene geschärft werden, sodass künftig solche Interpretationsunterschiede vermieden werden können beziehungsweise, dass die Entscheidungen auch für alle klarer sind, die da getroffen werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Wenn ich an unsere erste Verfassung denke, aber wenn ich auch an die hier in unserem Statut festgeschriebenen Regelungen denke, dann bin ich der festen Überzeugung, dass solche von Ihnen als vage Formulierungen bezeichneten Überlegungen damals aus einem besonderen Grund hineingeschrieben wurden. Wir haben in den letzten 60 Jahren, wenn es um das Thema der Ernennung von Bürgerinnen und Bürgern, Ehrenringträgerinnen und Ehrenringträgern oder Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern geht, immer versucht, im Hause ein Prozedere einzuhalten, drüber zu diskutieren, ohne das Thema Ehrungen zu einem Politikum zu machen. Wir haben, was die Ehrenbürger anbelangt, im § 8 geregelt, Personen, die sich um den Bund, das Land oder die Stadt hervorragend verdient gemacht haben, können zu Ehrenbürgern ernannt werden, sie erhalten eine Ehrenbürgerurkunde, von jedem ist von einem heimischen Künstler ein Bild anfertigen zu lassen, das die Stadt in dauernde Verwahrung nimmt. Beim Ehrenring im § 9 steht: Für hervorragende Leistungen, die für die Stadt von besonderer Bedeutung sind, kann ein Ehrenring verliehen werden. Der Ehrenring der Stadt verbleibt im Eigentum des Beliehenen und nach seinem Ableben im Eigentum seiner Erben. Allerdings ist zum Tragen des Ehrenringes der Stadt Graz nur der Beliehene berechtigt, und beim § 10 bei den Bürgerinnen und Bürgern, wo wir in etwa immer drauf achten, dass es um die 120 Personen sind, ist übrigens auch nicht festgeschrieben, sondern, wenn ich so sagen darf, eine Gepflogenheit über die letzten Jahrzehnte, können es Gemeindemitglieder

sein, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben und das 60. Lebensjahr überschritten haben. Sie erhalten einen Bürgerbrief, in besonders begründeten Fällen kann man von Mindestalter aber auch absehen. Die Beschlussfassung ist im § 13 über Ehrungen eindeutig geregelt, die Zuerkennung der in den §§ 8, 9 und 10 genannten Ehrungen ist in jedem einzelnen Falle dem Gemeinderat vorbehalten. Für die nach Abs. 1 zu fassenden Beschlüsse ist die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln und die Zustimmung von mehr als der Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates erforderlich. Es ist also in der Stadt Graz Usus, dass das Ernennen von Ehrenbürgern, Ehrenringträgern, dass man das möglichst so anlegt, dass es ein einstimmiger Beschluss wird. Diese Einstimmigkeit soll auch in Zukunft gewährleistet werden und es soll nicht durch irgendwelche Gremien quasi eine Ad-hoc-Abstimmung, eine Kampf Abstimmung für die Verleihung der höchsten Würden der Stadt Graz provoziert werden. Es obliegt eindeutig der politischen Meinungsbildung, ob Leistungen einer Persönlichkeit entsprechend durch die Stadt Graz honoriert werden oder nicht. Sie sind mit Ihrer Überlegung in einen nicht zuständigen Ausschuss gegangen und haben de facto auch ohne Vorberatungen von Fraktionen oder Klubs dort ein solches Thema zur Abstimmung gemacht, und diese Vorgehensweise halte ich eben für die nicht richtige, ich glaube, dass die Regelung über mehr als ein halbes Jahrhundert auch gut funktioniert hat und ich möchte auch ungern öffentliche Diskussionen über Personen, die zum Teil ja nicht einmal davon Bescheid wissen, dass wir über sie reden oder nicht und deswegen denke ich mir, dass wir auch hier keine Ergänzung brauchen werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Zum Unterstreichen, dass es nicht darum geht, Einstimmigkeit zu hintertreiben oder eine Kampf Abstimmung zu erwirken, da haben Sie mich, nehme ich an, missverstanden. Denn dieses Ansuchen vom Frauenrat bezüglich der konkreten Ehrungen ist an alle Parteien ergangen und ist im Vorfeld auch kommuniziert worden und es war nie Ziel, das zu einer Kampf Abstimmung zu machen, da teile ich Ihre Ansicht, dass das sich nicht eignet. Meine Zusatzfrage ist: Wie, wenn Sie sagen, die Kriterien sind nicht vage, Wie bitte kann man eine Unterscheidung treffen, ob eine Person, wie im konkreten Fall Grete Schurz oder wer

auch immer, sich nun in hervorragender Weise verdient gemacht hat, was das Kriterium für die Ehrenbürgerschaft oder in besonderer Weise verdient gemacht hat, was ein Kriterium ist für eine der anderen Ehrungen? Es geht mir hier um eine grundsätzliche Regelung, dass man in einem Konsens einstimmig schärft, was für Zwecke man oder was für Personen man ehren will in welcher Kategorie. Aber die Worte, wie sie momentan im Statut sind, sind nicht eindeutig, denn sonst könnten sie mir die Zusatzfrage beantworten, ob sich jetzt Grete Schurz hervorragend verdient gemacht hat oder in besonderer Weise verdient gemacht hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bekommen Sie gerne von mir eine Antwort, ohne dass ich jetzt die eine oder den anderen mit irgendjemandem vergleichen möchte. Aber ich glaube, wir haben uns sehr bemüht, in punkto Ehrungen darauf zu achten, ob jemand sein ganzes Lebenswerk innerhalb der Stadt Graz, also sich so in die Stadt eingebracht hat, wie das zum Beispiel ein Altbürgermeister Alfred Stingl, ein Vizebürgermeister Edler, der Bischof unseres Landes, Johann Weber, war oder ob es darüber hinaus auch eine Persönlichkeit, die in Graz geboren ist und zu den höchsten Auszeichnungen der Republik oder zu den höchsten Positionen der Republik aufgestiegen ist, das ist zum Beispiel der letzte Ehrenbürger, den wir ernannt haben, Herr Bundespräsident Dr. Heinz Fischer. Ich überlasse es jeder Fraktion und jedem Einzelnen, drüber nachzudenken, diese Abstufungen, die wir bisher auch politisch in Übereinstimmung getroffen haben, noch einmal nachzuvollziehen. Ein Kriterium gibt es allerdings und deswegen war ich auch das letzte Mal nicht besonders über die Vorgangsweise begeistert. Es hat ein Kriterium bislang gegeben, das wir versucht haben, zu leben. Wenn sich jemand selbst für eine Ehrung vorschlägt, dann haben wir diesem Ansuchen, zumindest soweit ich es weiß und miterlebt habe in diesen 12 Jahren, seitdem ich da bin, nicht stattgegeben (*Applaus ÖVP*).

## 10) Zukunft des Referates für BürgerInnenbeteiligung

GRin. **Bergmann** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am vergangenen Donnerstag fand das Hearing für die neue Stelle des Abteilungsleiters des Referates für BürgerInnenbeteiligung statt. Im Zuge der Umstrukturierung des Hauses Graz gibt es die unterschiedlichsten Diskussionen, die sich breit machen, aber auch Befürchtungen von Seiten von Bürger und Bürgerinnen sowie auch Befürchtungen von Seiten der Oppositionsparteien, wie es mit dem Referat für BürgerInnenbeteiligung in Zukunft weitergehen wird. Es wird immer wieder gesprochen von Abschaffung von Doppelgleisigkeiten und von Einsparungen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Frage:**

Wie wird das Referat für BürgerInnenbeteiligung in Zukunft strukturiert sein und welche Aufgaben wird dieses Referat zu bearbeiten haben (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoffentlich kein schlechter Traum und auch kein Gerüchtekoch, der unterwegs ist in dieser Frage. Bürgerbeteiligung wird von uns in der Stadt Graz, auch von meiner Fraktion und von mir sehr, sehr ernst genommen. Ich freue mich, dass wir jetzt endlich auch das Hearing hatten und dass wir in den nächsten Tagen dann auch mit der Bestellung einer Nachfolge von Herrn Hörmann hier wieder die volle Arbeit aufnehmen können. Wobei ich auch dankenswerterweise sagen möchte, dass die beiden Mitarbeiterinnen in der Zwischenzeit ganze Arbeit geleistet haben, und dafür auch ein Dankeschön an die Frau Zink und an die Mitarbeiterin, die sie in ihrem Büro hat, weil die haben in der Zwischenzeit auch die vielen Aufgaben, die wir in diesem Bereich haben, auch bewerkstelligt (*Applaus ÖVP*). Die Struktur schaut so aus, dass wir laut Geschäftseinteilung bei der Stadtbaudirektion als Referat die

Zuordnung haben, personell sind wir so ausgestattet, dass wir eine Referatsleitung haben und zwei Mitarbeiterinnen, das sind Frau Zink und Frau Gradwohl und dann gibt es geregelt die Aufgabenbereiche, da geht es einmal um den Bereich BürgerInnenbeteiligung und Projektinformation, dann gibt es allgemeine BürgerInneninformation und Beratungen. Ich erspare Ihnen jetzt, dass ich Ihnen das alles vorlese, das ist auch nachzulesen, da ist relativ viel drinnen an Arbeit und wenn ich nur an die Begleitung bei allen Bauvorhaben, vor allem bei den großen Bauvorhaben, bei allen Flächenwidmungsplanänderungen, im Bauverfahren, im Verkehrsbereich usw. denke, dann weiß man, dass das eine ganz, ganz wichtige Stelle von Graz ist, die wir überhaupt nicht schwächen dürfen, sondern im Gegenteil zu stärken haben. Ich möchte Ihnen gleich sagen, wie ich drüber denke und was wir auch als mögliche neue Aufgabengebiete dort vielleicht zusammenfassen können. Die geschäftsführende Stelle für den Naturschutzbeirat, und damit verbunden auch eine personelle Eingliederung einer Mitarbeiterin in das Referat, wird von mir gerade überlegt, weil ja auch der Naturschutzbeirat quasi viele Menschen, die sich beteiligen wollen am Grünraum und an der positiven Entwicklung des Grünraums und unserer Umweltbedingungen, hier einbringen. Darüber hinaus bin ich mit dem Herrn Magistratsdirektor auch in Diskussion und werde das wieder stärker noch forcieren die Erweiterung um ein spezielles Beschwerdemanagement in der Stadt Graz mit einem niederschweligen Zugang, da bräuchten wir dann allerdings eine Neuorganisation. Im Moment denke ich mir, dass solche Beschwerdestellen auch hinkünftig im Haus Graz dann zumindest in beiden Einrichtungen aufgestellt werden, wenn die Dienstleistungen vorwiegend in der Noch-AG und dann GmbH sein werden. Es ist schon wichtig, dass wir dort auch diese vielen Wünsche und Beschwerden, die es zum Thema der Dienstleistungen gibt, zusammensammeln und dass wir das auch hier im Hause tun, und zu den vertiefenden Aufgaben möchte ich nur sagen, diese Stelle betreut auch unsere Damen und Herren vom Projekt „Zeit für Graz“, das nimm sehr viel Zeit auch in Anspruch, es wird hier jede Woche momentan gearbeitet und wir wollen bis zum Mai hin dann auch einmal öffentlich kundtun, wie die Projekte jetzt auch in der Umsetzung sind, die dort beschlossen wurden. Eine Beratungsstelle mit vertieftem Beratungskonzept, zum Beispiel Einführung von Beratungsnachmittagen mit dem jeweiligen Fachpersonal aus den unterschiedlichen Fachbereichen, haben wir erst gestern diskutiert, weil viele Bürgerinnen und Bürger oft gar nicht wissen, was sind meine Rechte, wo könnte ich hier ansetzen und da wollen wir quasi anstelle

einer Bürgeranwaltschaft, die auch im Raum stand, mit der Idee „Zeit für Graz“ einmal in diese Richtung starten, dass man eben sagt, man macht Beratungsnachmittage. Aber im Großen und Ganzen geht es um eine Aufwertung, die räumliche Ausgestaltung ist ja erfolgt in der Herrengasse 9. Im Hof hinten gibt es die neuen Räumlichkeiten und es ist eher an eine Stärkung als an eine Schwächung im Thema BürgerInnenbeteiligung gedacht (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann**: Vielen Dank für die Beantwortung.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.***

## **11) Geplante Parkplatzsituation Bad Eggenberg**

GRin. **Benedik** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Meine Anfrage betrifft die geplante Parkplatzsituation beim Bad Eggenberg. Der Umbau des Sport- und Wellnessbades Eggenberg stellt in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung für die Grazerinnen und Grazer dar. Im Vorfeld gab es jedoch zahlreiche Diskussionen die Parkplatzsituation betreffend. Unklare Aussagen von politischer Seite zu diesem Thema schürten bei der Bevölkerung zusätzliche Befürchtungen.

Da die neu zu bauende Sportanlage natürlich auch zahlreiche Wettbewerbe und Sportveranstaltungen beherbergen soll, ist ein entsprechendes Konzept für die dazugehörenden Parkplätze dieser Anlage unverzichtbar.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

### **F r a g e :**

Wurde bei den Planungen der Parkplatzkapazitäten für das Bad Eggenberg auch ausreichend auf die Bedürfnisse der Zielgruppen beziehungsweise auf eventuell stattfindende Großveranstaltungen Bedacht genommen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Wer beim Bad Eggenberg in der letzten Zeit vorbeigekommen ist, hat gesehen, dass die Baustelle voranschreitet und anscheinend auch im Zeitplan liegt, deswegen ist die Frage natürlich mehr als berechtigt, wie dann vorgesorgt ist in Zukunft, wie dort die Mobilitätsbedürfnisse erfüllt werden können. Geplant sind 115 Kfz-Abstellplätze auf dem Privatgrund des Bades plus zwei Stück Eltern- und Behindertenstellplätze, die werden umgesetzt werden, so ist der jetzige Plan. Im Altbestand waren es zirka 200 Parkplätze, wobei diese ohne Zufahrtsbeschränkung waren, die neuen werden nur bezogen sein auf die Nutzung des Bades. Es war so, dass diese 200 überwiegend von Pendlern und Pendlerinnen benutzt waren. Weiters kann man darauf hinweisen, dass die Ausweitung der Parkzonen, die jetzt, mit Mai werden die ersten fertig sein, also bis zum Sommer erledigt sein werden, im Umfeld ungefähr 500 Stellplätze in den Parkzonenbereich kommen werden. Da geht es um die Rochelgasse, Vinzenzgasse, Lillienthalgasse, Georgigasse und Schloßstraße. Zur ÖV-Anbindung, sie liegt natürlich sehr günstig, das wird der Einser und der 62er Haltestelle verbessert und attraktiviert und besser an die direkte Eingangssituation angebunden sein nach Fertigstellung. Dann zu den Bussen, das ist natürlich genau der Punkt zu den Großveranstaltungen, es wird eine eigene Ein- und Ausstiegssituation für das Ein- und Aussteigen mit einer gesicherte Busvorfahrt ermöglicht werden und dann gibt es Busabstellplätze, die bei Veranstaltungen auf der südseitigen Parkspur der Georgigasse zwischen Sportbad und Schloßgasse eingerichtet sein werden für Veranstaltungen befristet eben als Busabstellplätze. Fahrrad, ist auch eine Stellplatzfrage, insgesamt werden 600 Stellplätze auf dem Privatgrund errichtet und darüber hinaus noch 100 Stellplätze im Umfeld auf dem öffentlichen Gut, so ist die jetzige Planung zu den Stellplätzen und zur Mobilität.



GRin. **Benedik:** Ich glaube, dass von 200 Parkplätzen auf 115 Parkplätze das einfach zu wenig ist, weil ja das Bad Eggenberg irrsinnig groß ausgebaut ist, wie wir alle wissen und diese zwei Stück für die Mutter-Kind-Parkplätze sind mir eigentlich auch zu wenig und ich muss dazu sagen, dass die Bevölkerung von Eggenberg wirklich befürchtet eine komplette Parkplatzmisere und ein entsprechendes Verkehrschaos. Sie wissen, dass die Rochelgasse nicht sehr breit ist und auch die Vinzenzgasse ist nicht sehr breit, und Rochelgasse und Vinzenzgasse sind doch ein schönes Stück vom Bad Eggenberg entfernt. Und die Bewohner der Rochelgasse und der Vinzenzgasse und auch der untere Teil der Georgigasse befürchten dort wirklich eine ernsthafte Parkplatzmisere und ich glaube, ich verstehe ohnehin nicht, warum man dort nicht mehr, also direkt beim Bad Eggenberg, nicht mehr beachtet hat, dass dort mehr Parkplätze hinkommen, und jetzt habe ich nur noch eine Frage, meinen Sie, die Georgigasse, die von den Schulschwestern runtergeht, wo da das Feld ist für die Busparkplätze und wie viele Busparkplätze sind dort geplant, sieben Stück oder wie?

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die genaue Stückanzahl, wie viele Busse da hineingehen, das hat natürlich auch mit der Länge der Busse zu tun, kann ich nicht beantworten, aber es ist vorläufig eine Aufreihung von Bussen da möglich, weil der ganze südliche Bereich der Georgigasse zwischen Schloßgasse und Bad dann für die Busse vorgesehen ist. Ob das sieben, sechs oder acht sind, kann ich jetzt nicht sagen. Bei den Eltern-Parkplätzen handelt es sich nicht um Mutter-Kind-Parkplätze, die dann die Autos dort abstellen, sondern da handelt es sich genau um diese Elternparkplätze für jene Eltern, die ihre Kinder ins Bad bringen und wieder abholen, die es ja auch weiterhin geben wird. Also das sind zwei, das ist einfach eine Möglichkeit aussteigen lassen und das möglichst sicher. Die Reduktion von 200 Stellflächen auf 115. Wenn wir eine Ausweitung gemacht hätten auf, ich würde einmal sagen 400, dann hätten wir die gleichen Befürchtungen mit einem anderen Namen von der Bevölkerung, nämlich das erhöhte Verkehrsaufkommen dadurch, dass dort sehr viele Parkplätze sind, wenn man rechnet, dass ein Parkplatz bei so einem Freizeitzentrum ungefähr zwei- bis fünfmal an einem normalen Tag beparkt wird, kann man das hochrechnen, was das an zusätzlichen Fahrten hervorruft, deswegen war ganz bewusst, also die

Entscheidung ist ja in der Baudirektion schon länger getroffen worden, aber ganz bewusst zu sagen, man macht eine Zufahrtsbeschränkung, dass der Parkplatz wirklich nur für die eine Nutzung vorgesehen ist und bekommt damit die jetzt mit einem sehr hohen Anteil von den 200 Parkplätzen verwendeten PendlerInnen heraus dort und das ist natürlich eine völlige Umverteilung, weil bisher waren es Gratisparkplätze, für jeden zugänglich, und wer in Eggenberg gewohnt hat, hat dort sehr genau beobachten können, welche Kennzeichen dort jeden Tag in der Früh reingefahren sind. Also diese Geschichte soll wirklich durch die Beschränkung bewusst genutzt werden und ein Bad, das ausgebaut wird, das dermaßen gut erschlossen ist öffentlich, mit sehr viel Parkplätzen auszustatten, wäre auch konterkariert zu dem, dass wir eigentlich auch wollen, dass Freizeitverhalten in der Stadt so ökologisch wie möglich, möglich ist, und wenn Leute mit der Straßenbahn dorthin fahren können, dann ist das Optimalste, weil zum Bad kann man mit der Straßenbahn fahren, das ist nicht unbedingt Muss mit dem Auto zu fahren. Von dem her macht es Sinn und wie gesagt, mehr Parkplätze, mehr Verkehr und wir hätten die gleichen Befürchtungen mit einem anderen Vorzeichen. Zum Thema Parkzonen rundherum, wir sehen in allen ausgeweiteten Parkzonengebieten, Grüne Zone, dass es dort zu einer Verbesserung für die Anrainer kommt und zu einer besseren Verteilung von Parkraum und das werden wir dort auch vorfinden und ich würde gerne in einem Jahr noch einmal genau hinschauen, wenn Sie wollen, dann sehen wir, wie es sich etabliert.